

Alternative Fussball WM 2014 in Brasilien

Zeitgleich mit der FIFA Fussball Weltmeisterschaft ging auch die Straßenkicker Weltmeisterschaft in Sao Paulo zu Ende. Teilgenommen haben rund 300 Spieler aus 20 Ländern und vier Kontinenten.

Unterschiede zur FIFA WM: die Wertung erfolgte nicht nur nach Toren sondern es gab auch Punkte für Fair Play und respektvollem Umgang mit der gegnerischen Mannschaft und im eigenen Team. Deswegen standen auch keine Schiedsrichter, sondern nur MediatorInnen am Spielfeldrand.

Im Turnier traten zwei gemischte Teams mit jeweils fünf SpielerInnen gegeneinander an. Das Spiel beinhaltete drei Abschnitte: im ersten Teil fand die Absprache der Regeln statt, im zweiten wurde 20 Minuten lang gespielt und im dritten Abschnitt wurde das Spiel gemeinsam ausgewertet und Fairnesspunkte vergeben. Die anfänglichen Sprachbarrieren wurden auch in diesem Jahr meist schnell überwunden, so dass die Begegnung und der Austausch im Mittelpunkt standen.

Das grundlegende Konzept der alternativen Fussball WM wird insbesondere zur Toleranzförderung und Integration auch in Deutschland eingesetzt. Es gibt bereits eine Vielzahl von Projekten, die mit dieser Methode arbeiten. Beispielhaft könnte hier die Nordstadtliga BUNTICKTIGUT in Dortmund oder auch die Kölner Straßenfussball-Liga genannt werden.

Die Potentiale für die Entwicklung der Jugendlichen und der Stärkung des Fair Play-Gedankens in der Gesellschaft sind groß.

„Hinter den grauen Wolken scheint die Sonne“

Ein interaktives Theaterstück gegen Gewalt im Namen der Ehre

TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e.V. hat ein Theaterstück „Mein

Ibis Infodienst Integration 03/14

- Alternative Fussball WM 2014 in Brasilien, S. 1
- „Hinter den grauen Wolken scheint die Sonne“, S. 1
- „Armutszuwanderung“ aus Bulgarien und Rumänien, S. 2
- Förderprogramm: Demokratie leben!, S. 3
- Ibis-Seminar: „Extremismus“, S. 3

Leben. Meine Liebe. Meine Ehre?“ entwickelt, dass sich mit dem Thema „Gewalt im Namen der Ehre“ auseinandersetzt und speziell an Jugendliche in Schulen richtet. Neben der Sensibilisierung für kulturelle Unterschiede und die Frage nach interkultureller Kompetenz im Alltag liegt natürlich ein besonderer Fokus darauf, aufzuzeigen, wo es eben nicht nur um „kulturelle Merkmale“, sondern um Übergriffe, Aggression und Gewalt geht, die Jugendlichen schaden. In verschiedenen Szenen werden mögliche Konflikte dargestellt, unter denen vor allem Jugendliche aus patriarchalisch geprägten Familien leiden.

Damit sollen nicht nur „deutsche“ Jugendliche an das Thema herangeführt, sondern auch Jugendliche aus möglicherweise betroffenen Familien in ihrer Suche nach einem selbstbestimmten Weg gestärkt werden.

Die SchülerInnen werden aktiv in das Geschehen auf der Bühne eingebunden und so zu MitgestalterInnen: Sie haben die Möglichkeit, den Verlauf der dargestellten Geschichte zu beeinflussen und gemeinsam mit den SchauspielerInnen Lösungsansätze zu finden.

Das Theaterstück wird an Schulen aufgeführt und kann von diesen auch gebucht werden. Weitere Informationen erhalten Sie [hier...](#)

Impressum:

Ibis Institut für interdisziplinäre Beratung und interkulturelle Seminare

Bismarckstraße 120
47057 Duisburg

Kontakt: info@ibis-institut.de

Redaktion:

Patricia Jessen, Judith Schandra, Frank Jessen

Zur **Abmeldung** des Ibis Infodienstes Integration, klicken Sie bitte [hier...](#)

„Armutszuwanderung“ aus Bulgarien und Rumänien

Zahlen und Erfahrung vor Ort

Vergleichbar mit der Zuwanderung von Deutschstämmigen aus den Gebieten der ehemaligen Sowjetunion sind derzeit viele Kommunen von der Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien, die mit der EU-Freizügigkeit für diese Länder ihren Anfang nahm, befasst. Unter die tatsächlichen sozialen Herausforderungen mischen sich alte Ressentiments gegen „Zigeuner“, die sich durch aktuelle Erfahrungen mit Einzelnen im Denken der Nachbarn im Quartier verfestigen. Dabei werden Fakten oft nur in zweiter Linie oder gar nicht mehr hinzugezogen, um das eigene Vorurteil zu relativieren und zu einer sachlichen Einschätzung der Situation zu gelangen.

Der gängige Begriff der „Armutszuwanderung“ beschreibt die Situation nur unzureichend. Bulgarien und Rumänien zählen zunächst zu den ärmsten Ländern Europas. Nichtsdestotrotz findet ein Großteil der Zuwanderung aus diesen Ländern nicht in die Sozialsysteme statt, wie oft behauptet wird. Die Beschäftigungsstruktur innerhalb der ZuwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien unterscheidet sich nicht signifikant von der anderer EU-Ausländer. Die Arbeitslosenquote der ZuwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien liegt mit 11,3 % sogar deutlich unter derjenigen aller Ausländer mit 16,1 %. Ein vergleichbares Verhältnis zeigt sich auch bei den SGB II-LeistungsempfängerInnen.

Die zum Teil durchaus drastischen Erfahrungen vor Ort in den Quartieren sollen durch die obigen Ausführungen nicht in Abrede sondern nur in Relation zur Gesamtgruppe gestellt werden.

Konzentration in strukturschwachen Ballungsräumen

Insbesondere durch eine erhöhte Zuwanderung gerade sozial schwacher MigrantInnen in Ballungsräume, die selbst als eher strukturschwach gelten (beispielsweise Berlin, Dortmund, Duisburg oder auch Offenbach)

entsteht eine sich kumulierende Problemlage. Die Politik einiger Immobilienbesitzer ihre Immobilien gezielt an diese Zuwanderergruppe zu vermieten, trägt weiter zu einer Verschärfung der Situation bei.

So liegt die Arbeitslosenquote beispielsweise in Duisburg ohnehin weit über dem Bundesdurchschnitt und bei den ZuwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien bei über 20 %. Da die Sozialleistungen nach dem SGB II den Kommunen obliegen, steigt damit die finanzielle Belastung durch diese Zuwanderung noch einmal deutlich an.

Aber auch in kleineren Kommunen, in denen bereits eher sozial schwache MigrantInnen aus Bulgarien und Rumänien leben, steigt die Zuwanderungsrate aus diesen Ländern zum Teil deutlich an.

Diskriminierung auf „ausgetretenen Pfaden“

Was beide Stadträume eint ist jedoch die übergreifende Problematik der Diskriminierung der ZuwanderInnen aus Bulgarien und Rumänien als „Zigeuner“ oder „ArmutszuwanderInnen“. Sie werden damit pauschal als Problemgruppe abgestempelt, was nicht den Tatsachen entspricht. Erfahrungen mit Einzelnen oder bestimmten Gruppen werden hier zu leicht zur Regel erhoben, weil die Vorurteile gegen „Zigeuner“ bereits sehr alt und im Denken aller verhaftet sind. Es muss somit nur ein bereits „ausgetreter“ Pfad betreten und keine neuen Denkmuster etabliert werden. Deshalb genügen meist wenige eigene Erfahrungen, um innerhalb der Aufnahmebevölkerung eine ablehnende Haltung zu etablieren, die nur schwer zu durchbrechen ist.

Gute Praxisbeispiele

Um so schwerer ist es, gute Beratungs- oder Lobbyarbeit für diese Gruppe zu etablieren. Der „freundeskreis nEUbürger und roma“ hat ein Infoblatt u.a. für Bulgaren und Rumänen entwickelt, um Ihnen die Hilfe- und Beratungsstrukturen in Dortmund näherzubringen. In Duisburg gibt beispielsweise seit 2011 eine erfolgreiche Beratungsarbeit durch den ZOF e.V. mit Roma. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie [hier...](#)

Förderprogramm: Demokratie leben!

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit

Das Bundesprogramm des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend "Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit" orientiert sich am Vorläuferprogramm „Toleranz fördern - Kompetenz stärken“. Der Unterschied liegt in einer langfristigeren und nachhaltigeren Unterstützung von Initiativen und Vereinen.

Der Förderzeitraum wird bis zu fünf Jahre betragen. Bisher sind allerdings weder die Förderrichtlinien noch die Fristen für die Antragstellung für Projekte in den verschiedenen Programmschwerpunkten veröffentlicht. Allerdings ist das gesamte Fördervolumen für 2015 bekannt: dann wird mit einer Fördersumme von über 30,5 Millionen Euro gestartet. Gefördert werden sollen:

1. Bundesweite lokale „Partnerschaften für Demokratie“ (u.a. Ausbau der Lokalen Aktionspläne (LAP); lokale Partizipations-, Öffentlichkeits- und Vernetzungsarbeit, ein Aktions- und ein Jugendfonds)
2. Demokratiezentren zur landesweiten Koordinierung mobiler Opfer- und Ausstiegsberatung
3. Förderung und Strukturentwicklung bundesweiter Träger
4. Förderung von Modellprojekten zu ausgewählten Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) und vom Modellprojekten im ländlichen Raum (u.a. innovative, modellhafte Projekte zur Demokratieentwicklung, Islamfeindlichkeit und Homophobie)
5. Förderung modellhafter Maßnahmen zur Radikalisierungsprävention (lokale, sozialräumliche Projekte in Wissenschaft-Praxis-Verbänden und Tandemprojekte)

Weitere Informationen erhalten Sie [hier...](#)

Ibis Seminar: „Extremismus“

Was ist Extremismus und wie geht man damit um?

Unter dem Begriff „Extremismus“ werden politische Einstellungen zusammengefasst, die besonders weit von der (politischen) Mitte weg an den Rändern des politischen Spektrums anzusiedeln sind. Häufig findet dieser Begriff auch Anwendung, wenn es darum geht intolerante Tendenzen zu beschreiben, bei denen die Gefahr besteht, dass sie die Grundlage einer extremistischen Weltanschauung bilden.

Das Ibis-Seminar „Extremismus“ versucht einen Einblick in die Ursachen und Erscheinungsformen von „Extremismus“ zu geben, diesen Begriff diskutieren und darüber hinaus gemeinsam mit den TeilnehmerInnen mögliche Lösungsansätze im Umgang mit „Extremismus“ vor Ort und im eigenen Umfeld zu entwickeln.

Je nach Wunsch des Auftraggebers/ der TeilnehmerInnen werden im Rahmen des Seminars verschiedene Schwerpunkte gelegt:

- Was ist „Extremismus“?
- Welche Formen von „Extremismus“ gibt es?
 - Fokus 1: Formen des Extremismus in der deutschen Gesellschaft (z.B. Rechtsextremismus)
 - Fokus 2: Formen des Extremismus in Migrantengruppen (z.B. Graue Wölfe)
 - Fokus 3: Formen des Extremismus in religiösen Gruppen (z.B. Salafismus)
- Erarbeitung der vorhandenen extremen Tendenzen vor Ort und Bezugnahme darauf
- Bedeutung für die eigene Arbeit/ die Arbeit der Institution
- Erarbeitung eigener Lösungsstrategien

Wir bieten dieses Seminar als Inhouse-Seminar an und arbeiten vor Ort mit den TeilnehmerInnen.

Für Seminaranfragen und weitere Fragen senden Sie bitte eine E-Mail an: info@ibis-institut.de